

INTERNATIONALE RECHTSHISTORISCHE KONFERENZ
Budapest, 12-15. September 1977

ENTWICKLUNG DER STÄDTISCHEN UND REGIONALEN
VERWALTUNG IN DEN LETZTEN 100 JAHREN IN
MITTEL- UND OSTEUROPA

III.

1979
Budapest

Universität "Eötvös Loránd"

Staats- und Rechtswissenschaftliche Fakultät
Lehrstuhl für Ungarische Staats- und Rechtsgeschichte

Redigiert von:

Kálmán KOVÁCS

Mitarbeiter:

Gábor MÁTHÉ

I N H A L T

G. Balás /Budapest/	
Le développement de sièges en comitats /de districts en départements/ en Transylvanie.....	5.
Z. Bernáth /Budapest/	
Die Entwicklung des Verwaltungswesens im Komitat Szabolcs und in der Stadt Nyiregyháza, bei besonde- rer Berücksichtigung der letzten hundert Jahre.....	23.
W. Brauneder /Wien/	
Das Gutsgebiet /vom monarchisch-ständischen Staatsele- ment zum lokalen Verwaltungssprengel/.....	49.
J. Ciagwa /Katowice/	
L'autonomie de la Voïvodie de Silésie /1922-1939/.....	67.
L. Csizmadia /Budapest/	
Entwicklung der ungarischen Fremdenverkehrsverwaltung in Betracht auf die regionale Verwaltung.....	97.
H. Hofmeister /Wien/	
Pläne und Ansätze zu einer Kreis-/selbst/verwaltung in der neueren österreichischen Verfassungsgeschichte....	133.
P. Horváth /Budapest/	
Die kultur- und rechtsgeschichtliche Rolle der haupt- städtischen Frank Bibliothek.....	163.
G. Máthé /Budapest/	
Zur Frage der Aufsicht über die Städte /1870-1937/.....	195.
S. Mertanova /Bratislava/	
L'évolution de l'administration municipale et communale en Slovaquie dans les années 1918-1930.....	207.
W. Ogris /Wien/	
Die gemischten Bezirksämter /1852/1855-1868/.....	229.
M. Potemra /Košice/	
Die Fragen der Verwaltung Ungarns in der Politik der Slowakischen Nationalpartei in den Jahren 1901-1918.....	243.

T.Révész /Budapest/

Presseverwaltung in Verhältnis zwischen der Regierung
und den örtlichen Organen..... 275.

I.Stipta /Hajdunánás/

Einige Fragen der Umorganisation des Hajdu-Bezirk
zu einem Komitat 1848-1876 291.

J.Szita /Pécs/

Die regionale Steuerverwaltung in Ungarn in der zweiten
Hälfte des XIX. Jahrhunderts..... 319.

ISTVÁN STIPTA:

EINIGE FRAGEN DER UMORGANISIERUNG
DES HAJDU-BEZIRKES ZU EINEM KOMITAT
1848-1876

Der Fürst István Bocskai sicherte seinen wackeren Hajduken nicht nur das Emporkommen aus dem "Bauern- und nicht-adeligen Zustand", sondern er förderte auch ihre Niederlassung. Auf dem Gebiet, das die Hajduken als Lohn ihres Militärdienstes erhalten haben und das ihnen durch ein späteres Übereinkommen zugesprochen wurde, entstanden sieben Hajdukenstädte /Böszörmény, Dorog, Nánás, Polgár, Hadház, Szoboszló, Vámospércs/, die eine, von der Jurisdiktion des adeligen Komitats unabhängige, eigenartige innere Selbstverwaltung ausgestaltet haben¹.

Das Hajdukenprivileg sicherte den Betroffenen einen kollektiven Adel und befreite sie - als Gegenleistung für einen bestimmten Militärdienst - von jeglichen Frondiensten. Dieses Privileg berührte sehr empfindlich die bisherigen Berechtigten dieser Frondienste, insbesondere den Adel des Komitats Szabolcs.

Eine grosse Zahl von Hörigen flüchtete sich in die Hajdukenstädte und diese Städte leisteten nur teilweise, oder gar nicht Folge den Gesetzen, die die Herausgabe der Hörigen verordneten. Eine andere wichtige Spannung entstand daraus, dass das Komitat Szabolcs immer bestrebt war, die von seinem Gebiet gebildeten Hajdukenstädte zu besteuern.

Die durch Jahrhunderte währenden Angriffe des Adelsstandes insbesondere des benachbarten Komitats gegen die Privilegien der Hajdukenstädte sind aus der Sicht unseres Themas deshalb von Bedeutung, weil diese die wichtigsten Faktoren der Ausbildung einer Verwaltungsorganisation mittlerer Stufe, die die Städte umfasste, leitete und schützte, des Hajdukenbezirkes, waren².

Die Organisation des Hajdukenbezirkes befestigte sich parallel zu der Selbstverwaltung der Städte, bis zu einem gewissen Grade sogar gegen sie und wurde zu einer besonderen Einheit

der ständischen Verwaltung. Als Ergebnis der eigenartigen Entwicklung der ungarischen Gesellschaft war der Hajduckenbezirk eine Zeit lang Teil der 1848 zustande gekommenen bürgerlichen Staatsorganisation.

Seine Existenz war zu Beginn der 1870-er Jahre schon ein Zugeständnis zu Gunsten der feudalen Überreste und seine Beseitigung gehörte zu den Forderungen der Entwicklung. Im weiteren untersuchen wir die Gestaltung der Bezirksorganisation und der Verwaltungstätigkeit nach 1848, wobei jene Elemente hervorgehoben werden, die zur Zeit der Erschaffung der einheitlichen bürgerlichen Staatsorganisation - in unveränderter oder modifizierter Form - weitergelebt haben.

Bevor wir aber die den Bezirk betreffende rechtliche Regelung von 1848 und nachher, sowie deren praktische Ergebnisse überblicken, müssen jene Eigenheiten zumindest skizziert werden, die den Hajducken-Bezirk und dessen Verwaltung in der feudalen Ära charakterisiert haben.

Das Selbstschutzbedürfnis der Hajduckenstädte hat den Bezirk zustande gebracht, aber seine Ausbildung wurde auch dadurch gefördert, dass er als Instrument der Vermittlung des Staatswillens diente. Deshalb zeigte sich in seiner Organisation und Tätigkeit eine bis zuletzt bestehende Doppelseitigkeit, die sich einerseits in dem konsequenten Schutz der Privilegien der Hajduckenstädte, andererseits aber in der Bestrebung der Vereinheitlichung der städtischen Verwaltungsorganisation und Praxis offenbarte.

Ähnlich wie in den Hajduckenstädten, besorgte auch im Bezirk eine Körperschaft die Verwaltungsaufgaben³. Nach der Bildung des Bezirkes entschieden je zwei Delegierte der Städte unter Vorsitz des Generalkapitäns die aufgetauchten Fragen. Zwar änderte sich die Zahl und die Zusammensetzung der Delegierten der Städte im Laufe der Zeit /vom Beginn des 19. Jahrhunderts nahmen

an den Sitzungen der Notar, zwei Räte, der Volkstribun und die Assesoren teil/, doch blieb der Stadtkapitän ein ständiger Delegierter der Städte. Die Funktionäre des Bezirksamtes waren neben dem Generalkapitän der Vizekapitän, der Notar und Vize-notar, vier ordentliche Tafelrichter, ehrenamtliche Tafelrichter, Haus- und Militärschatzmeister, Rechnungsführer, der Syndikus und Vizesyndikus, der Kommissar und der Archivar.

Der Generalkapitän wurde von den Delegierten der Städte gewählt und der König bestätigte ihn in seinem Amte. Er hatte eine besondere Rechtsstellung; im Gegensatz zu dem Obergespan vertrat er nicht nur die königliche Gewalt, sondern auch - indem er auch die Aufgaben des Vizegespans besorgte - die örtlichen Interessen. Diese besondere Stellung erklärt, dass der Herrscher bis 1848 einen ständigen königlichen Kommissar über die Städte einsetzte, der zwecks Geltendmachens der staatlichen Interessen bezüglich der Durchführung der Verordnungen über eine Vollmacht verfügte.

Die übrigen Funktionäre des Bezirks wurden auf den Wahlversammlungen von den Delegierten der Städte gewählt. Die Städte wurden seit der Restauration /Wahlversammlung/ von 1790 durch nach Bevölkerungszahl delegierte Personen, sog. Wahlpersonen neben den ordentlichen Mitgliedern vertreten und diese wählten die Bezirksfunktionäre. Da eine Restauration oft Jahrzehnte hindurch nicht abgehalten wurde, wurden die wegen Tod oder Verzicht leer gewordenen Aemter auf den ordentlichen Versammlungen belegt. Im allgemeinen unterbreitete der Generalkapitän seinen Vorschlag für drei Personen und derjenige erhielt das Amt, der die meisten Stimmen hatte.

Der Wirkungskreis der Bezirksversammlung war sehr weit. Sie schuf in sämtlichen, die Gesamtheit der städtischen Selbstverwaltung berührenden Sachen Statute mit zwingender Kraft. Die Versammlung verteilte die von der Zentralgewalt festgesetzten

Steuern unter den Städten und dieses Organ bestimmte auch das auf eine Stadt entfallende Rekrutenkontingent. Im Jahre 1790 konnten die sechs Hajduckenstädte als Anerkennung für die "unter den wechselvollen Ereignissen des Krieges zur Erhaltung des Landes geleisteten vielseitigen Dienste" zwei Ablegaten mit Stimmrecht zum Reichstag senden. Die Ablegaten wurden unter den Bezirksfunktionären von der Vollversammlung gewählt und mit Weisung versehen. Der Bezirk kontrollierte von Beginn an die Wahlversammlungen der Städte. Er setzte nicht nur den Zeitpunkt der Wahl fest, sondern bestimmte auch durch ein Statut die Art und Weise der Restauration. Übrigens verfügten in den Hajduckenstädten die Bewohner mit Grundeigentum /die sog. Sessionati/ über ein Stimmrecht. Ihre Zahl stimmte im 17. Jahrhundert dem Wesen nach mit der Bevölkerung der Städte überein. Infolge des relativen Reichtums an Grund und Boden konnten auch die Eingewanderten verhältnismässig leicht das Bürgerrecht erwerben. Die Lage änderte sich wesentlich, als der aufteilbare Grund und Boden weniger wurde. Mit Hinsicht darauf beschloss der Bezirk im Jahre 1791, dass "in den Städten zur Wahl der Vorsteher ... nur die tatsächlich besitzenden Einwohner und die angestammten Hajduckenlandsleute ein Recht haben... die ohne Besitz stehenden Inquilini aber vom Wahlrecht ausgeschlossen werden"⁴.

Die Vollversammlung hielt in ihrem wirtschaftlichen Befugnisbereich die Wirtschaftsgebarung der Städte, die Gehälter der städtischen Beamten, die Verwendung der Einnahmen der in eigener Verwaltung stehenden Liegenschaften und der kleineren königlichen Regalien unter einer sehr strengen Kontrolle.

Die Vollversammlung des Bezirkes war auch das Beschwerdeforum. Der grösste Teil der Beschwerden entstand aus der Nutzung der Liegenschaften, aber auch die abweichende wirtschaftliche und rechtliche Lage der angestammten Hajducken, der besitzenden Einwohner und der Eingewanderten verursachte Gegen-

sätze. Sogar Joseph II. meinte, dass "in den Hajduckenstädten die Beamten noch gewalttätiger sind als der ungarische Durchschnitt."⁵

Eine sehr bedeutende Kompetenz der Bezirksversammlung war, dass seit 1711 gegen das Straf- und Zivilurteil der Magistrate der Städte zu ihr Berufung eingelegt werden konnte. Der Hajduckenbezirk urteilte in gewissen Fällen auch in erster Instanz und seine Zuständigkeit erstreckte sich auf alle Hajduckenstädte und auf jede auf seinem Gebiet lebende Person ohne Hinsicht auf ihre gesellschaftliche und rechtliche Stellung.

Parallel zu der Erweiterung des Leitungsrechts über die Städte erstärkte aber immer mehr der Einfluss der zentralen Verwaltungsorgane. Der mit Ges.47:1723. begründete und im Jahre 1769 mit einem weiten Wirkungskreis bekleidete Statthalterrat⁷ kontrollierte den Bezirk immer häufiger und entsandte zur Untersuchung der Beschwerden immer häufiger einen königlichen Kommissar. Nach dem josephinischen Reformversuch, der die Selbständigkeit des Bezirkes aufheben sollte⁸, anerkannte das Gesetz 29:1790 die gesetzlichen Rechte des Bezirkes, schloss endgültig die Einsprache der Komitate /insbesondere die von Szabolcs/ in die Angelegenheiten des Bezirkes, aus. Die Bestrebung der Zentralgewalt zur Besteuerung der Hajducken verursachte eine grosse innere Spannung. Die Städte betonten immer häufiger ihre Unzufriedenheit gegenüber dem Bezirk und sie verlangten vom Palatin im Interesse des Schutzes ihrer Rechte die Entsendung "eines wirksamen Generaldikrators".⁹ Der entsandte königliche Kommissar ermahnte die Beamten des Bezirkes, dass "nicht der Wille der Beamten, sondern nur das Gesetz herrschen darf d.h. das Volk mit Gesetz und mit gutem Beispiel zu regieren ist." Nach seiner Charakterisierung ist im Bezirk die Ordnung und Ruhe vollkommen untergraben und die verschiedenen Klassen der Bevölkerung sind gegeneinander, und diese

alle gegen den Vorstand aufgebracht..."¹⁰

Im Interesse der Klärung der Eigentumsverhältnisse, der Ordnung der Steuerung und der "inneren Struktur" des Bezirkes verhandelte der Reichstag von 1844, dann der von 1847 einen Gesetzentwurf, aber die endgültige Regelung wurde durch die Ereignisse von 1848 unterbrochen.

Der Hajduckenbezirk vermochte nicht in unserem Zeitalter die Interessen der Städte wirksam zu verteidigen und es zeigte sich immermehr, dass auch die Städte die Unterstützung des Bezirkes nicht mehr verlangen.

Die Gesetze von 1848 haben zusammen mit der Beseitigung des Ständewesens auch das Hajduckenprivileg aufgehoben. Mit der Erklärung der allgemeinen Steuerpflicht hörte die "mit einem unerwarteten Aufstand" drohende Gefahr infolge der Ungleichheit der Steuerlasten auf, obwohl die andere Ursache der gesellschaftlichen Spannungen, das Problem des Grundbesitzes auch weiterhin ungeordnet blieb.

Das Gesetz 26:1848 verfügte über die Aufrechterhaltung des Hajduckenbezirkes gemäss "der bisherigen Praxis".

Das Gesetz bestimmte auch, dass zur Wahl der Bezirksbeamten dieselben Personen berechtigt sind, die auf der Grundlage der Volksvertretung entsprechend dem Ges. 5:1848 bei der Wahl der Abgeordneten ein Stimmrecht haben.

Die in den Städten durchgeführte Wahl hatte in der Zusammensetzung der Personen der Vertreter und der früheren Leiter der Städte kaum eine Änderung zur Folge. Im Gang der Ausübung der Gewalt übernahm zwar die Gemeindevertretung die Stelle des grossen Rates, aber der Stadtrat blieb auch weiterhin der Verwalter der Verwaltungs- und Gerichtssachen.

Aufgrund der Stimmen der Vertreter der Städte bildete sich der neue Hajduckenbezirksausschuss und bei der Wahlversammlung wurde auch das neue Beamtenkorps gewählt. Die Kompetenz des Ausschusses unterschied sich dem Wesen nach nicht von der der ähnlichen Körperschaft der vorigen Ära. Der Vorsitzende blieb auch weiterhin der Generalkapitän, den im Falle seiner Abwesenheit der Vizekapitän vertrat.

Nach dem Zusammensturz des Freiheitskampfes verlor auch der Hajduckenbezirk seine Selbständigkeit und wurde ein Teil des Bezirks von Nagyvárád. Der Absolutismus durchführte -trotz seiner nationalfeindlichen Tendenz - zahlreiche Reformen in bürgerlicher Richtung. Während dieser Periode kam allmählich die staatliche Zentralisation der Verwaltung, die Ernennung der Beamten, das individuelle Verwaltungsbefugnis und die Verantwortung zur Geltung¹¹. Die Selbständigkeit der Hajduckenstädte hörte auf, das die Leitung besorgende Stuhlrichteramt und die Finanzdirektion forderte streng - abweichend von der bisherigen Praxis - die genaue Bezahlung der verschiedenen Steuern. Im Interesse der entsprechenderen Gebietseinteilung der Finanzorgane wurde z.B. Hajdunánás dadurch "beschämt", dass es in Hinsicht der Steuerung der benachbarten Gemeinde Szent-Mihály, die zum Komitat Szabolcs gehörte, untergeordnet wurde.

In der Bach-Ära wurde die Grundbuchbehörde geregelt, und es bildete sich in den 50-er Jahren endgültig die Evidenzhaltung des Grundbestandes der Grundbesitze statt der früheren unkonsequenten Evidenzhaltungsweisen aus¹³. Eine wichtige, auch dieses Gebiet berührende Massnahme der Ära war die Trennung der den Komitatsgerichten untergeordneten Kreisgerichte.

In Anschluss an das Oktoberdiplom begann 1860 wieder das konstitutionelle Leben und auch der Hajduckenbezirk erlangte wieder seine munizipale Selbständigkeit. Die besondere Einberufung seiner Vollversammlung erfolgte auf eine Weise, die für

das Zeitalter charakteristisch war. Im Gegensatz zu den Komitaten ernannte der Herrscher an die Spitze des Bezirkes, da dieser während der "vergangenen traurigen Zeiten zerstückelt" war,¹⁴ keinen Generalkapitän. Die Interessengruppe der ehemaligen Bezirksbeamten, das Hajduböszörményer Casino, "machte den ersten Schritt zu Restauration und rief die ehemaligen Funktionäre des Hajduckenbezirkes zusammen, wobei es "für die, durch die jahrhundertewährende Praxis sanktionierten konstitutionellen Rechte der Hajduckenbezirkes" Stellung nahm.

Aufgrund von § 26 der Beschlüsse der Judexkurialkonferenz wurde auch der Gerichtshof des Hajduckenbezirkes wieder aufgestellt, "der seine Existenzberechtigung in den, von Bocskai am 10. Dezember 1610 erhaltenen und durch Ges. 2:1622 bekräftigten Privilegien hatte"¹⁵.

Die an dem inzwischen einberufenen Parlament erschienenen Abgeordneten des Bezirkes beschwerten sich wegen "jener verfassungswidrigen Massnahme, dass zur Eintreibung der gesetzwidrigen Steuern besondere Finanzbehörden aufgestellt wurden"¹⁶. Der zu dieser Zeit in Vámospércs durchreisende kaiserliche Steueroffizier verursachte eine derartige Unruhe, dass zwecks "Wiederherstellung der Ruhe"¹⁷ der Bezirk Militärgewalt beanspruchen musste.

Das wichtigste Dokument des Provisoriums hinsichtlich unseres Themas ist das von Generalkapitän Gábor Sillye verfasste und 1863 in Kraft getretene Statut¹⁸. Eine fortschrittliche Verfügung des Statuts war die Trennung der Verwaltungs- und Gerichtsausgaben innerhalb des Rates, die genauere Festsetzung der Kompetenz der Vollversammlung, des Rats, der Ausschüsse, der Funktionäre und des Hilfspersonals. Den Bruch mit der feudalen Anschauungsweise zeigt jene Vorstellung, wonach die Mitglieder der Gemeindevertretung "in den Hajduckenstädten die ganze Bevölkerung ohne Klassen- und Vermögensunterschied vertreten".

Das Statut machte die Schulbildung schon zur Bedingung der Amtsfähigkeit der Funktionäre.

Die Vollversammlung des Bezirkes betrachtete das zum 10. Dezember 1865 einberufene Parlament als das Ergebnis "des zwischen der Richtung der Regierung und dem Wunsch der Nation bestehenden erfreulichen Einklanges"¹⁹. Die Abgeordneten des Bezirkes beantragten an den Parlamentssitzungen öfters die Regelung der Besitzverhältnisse des Bezirkes und der Hajduckenstädte.

Der Ausgleich schuf zum Ausbau der ungarischen bürgerlichen Staatsorganisation günstige Bedingungen. Die am 10. April 1867 erlassene "Verfügung"²⁰ der Regierung garantierte die Autonomie der Munizipien, und stellte zugleich deren "Übereinstimmung" mit dem Verfügungsrecht der verantwortlichen Regierung in Aussicht. Die Liquidierung der in der öffentlichen Verwaltung herrschenden "asiatischen Zustände"²¹ traf aber ziemlich unerwartet die herrschende Klasse, die selbst in der Frage des Ausbaus der Verwaltung uneinig war. Die Regierungen behandelten neben der Herstellung der finanziellen Stabilität die Frage der Verwaltungsreform nur sekundär. Es wurde aber bald klar, dass die Verbesserung der Lage des Staatshaushaltes eng mit der Erschaffung einer zweckmässigen Verwaltung, mit der umfassenden Verwaltungsreform im Zusammenhang steht.

Überblicken wir die Reformmassnahmen der ersten 10 Jahre des Dualismus auf dem Gebiet der Verwaltung, so ist im allgemeinen festzustellen, dass auf mehreren Gebieten Gesetze entstanden sind, die den Grundsätzen der bürgerlichen Staatsordnung entsprechen, aber es gibt darunter kaum ein Gesetz, das nicht einige feudale Institute aufrechterhalten hätte. Die Gesetzgebung konnte nicht von jenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegensätzen unabhängig sein, deren radikale Lösung schon 1848 erforderlich gewesen wäre und deren endgültige Lösung die etwa 80 Jahre, die seither vergangen sind, nicht zu

bringen vermochten.

In der Organisation des Hajduckenbezirkes brachten die Verwaltungsreformgesetze die Erfordernisse der bürgerlichen Entwicklung allmählich zur Geltung, aber auch dann mit einem doppelten Kompromiss belastet. Einerseits stellten die Gesetze - bis zum Ges33:1876 - gegenüber dem Bezirk in ausgesprochener oder indirekter Form gewisse Ausnahmen fest. Das förderte andererseits, dass auf der Ebene der Durchführung diese Gesetze im Lichte der alten Privilegien oft willkürlich gedeutet, fallweise sogar ausser Acht gelassen werden. Es war im Bezirk eine bis 1876 bestehende Praxis, dass zur Untersuchung der Durchführungsweise der Gesetze und der wichtigeren Verordnungen ein besonderer Ausschuss gebildet wurde und einen auf "althergebrachter Rechtspraxis" begründeten, aber manchmal ausgesprochen gesetzwidrigen Antrag stellte.

Der Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 8.März 1867 über die Wiederherrstellung der Munizipien verfügte über den Hajduckenbezirk abweichend von den Komitaten. Auch im Bezirk musste die 1861 gebildete Gemeindevertretung einberufen werden, aber nicht deshalb, damit sie bis einer weiteren Verfügung im Amt bleiben, sondern damit sie betreffs der Wahl alles tun solle, was die Gesetze 23-26:1848 bestimmen." Bei der Wahl der neuen Vertretung und des Beamtenkorps kam der Einfluss der Regierung - im Gegensatz zu den Komitaten - nicht zur Geltung. An der ersten verfassungsmässigen Vollversammlung vom 16. April 1867 entbrannte eine ernste Diskussion über die Stellung des Generalkapitäns. Da eine Anordnung des Innenministers die königliche Bestätigung des Generalkapitäns Sillye Gábor mitteilte, meinte ein Teil der Mitglieder der Vollversammlung in dieser Massnahme "die Verletzung des Wahlrechts" und "den Gedanken der Ernennung zu entdecken"²² und beantragte, dass der Generalkapitän, ebenso wie die übrigen Funktionäre alle drei Jahre wiedergewählt werden. Der Vorschlag des Obergespans bezüglich "der

Durchführung der Wiederherstellung der verfassungsmässigen Rechte der Hajduckenstädte und des Hajduckenbezirkes" nahm bei der Ausgestaltung des Personalstandes der Funktionäre "die Menge der Aufgaben aufgrund der jährlichen Erfahrung, die dazu nötige Arbeitskraft und den Zustand der Stadtkasse"²³ in Betracht.

Bei der Wahl der Bezirksfunktionäre tauchte der Gedanke auf, dass - da das Ministerium für Öffentliche Arbeiten und Verkehrswesen die zum Ingenieuramt erforderliche Fachbildung eingehend geregelt hat - es zweckmässig wäre, die Stellung des Bezirksingenieurs von der Wahl herauszunehmen". Gemäss dem erbrachten Beschluss "besteht aber der Bezirk auch weiterhin bei jener Praxis, wonach jedes Bezirksamt alle 3 Jahre unter die Wahl fällt."²⁴

Der oben zitierte Vorschlag des Obergespanns beabsichtigte zwecks Verbesserung der Gerichtsbarkeit aus den "rechtskundigen" Mitgliedern des Stadtrates, aus dem Notar und dem Syndikus für die Behandlung der Gerichtssachen - auf eine Weise, die an das Statut von 1863 erinnerte - eine besondere Abteilung aufzustellen. Der durch die Vollversammlung zum Beschluss erhobene Antrag empfahl die Einführung dieses Systems nur dann, wenn "es erforderlich wird". Das Gesetz 54:1868 über die Gerichtsordnung führte, obwohl es im Geiste der Trennung der Verwaltung und der Gerichtsbarkeit verfertigt wurde, in den Städten des Bezirkes zu einem widerspruchsvollen Ergebnis. In Hajduböszörmény wurden z.B. "die summarischen Sachen einem der Räte anvertraut",²⁵ der Oberlieutenant übernahm neben der Leitung der Verwaltungssachen auch den Vorsitz des Gerichtshofes. Dagegen leitete in Vámos-pércs der Oberlieutenant die Verwaltung, die Gerichtsbarkeit, erledigte die kleineren Beschwerden und urteilte auch im summarischen Sachen. Auf Einfluss der durch das Gesetz 4:1839 in Aussicht gestellten Massnahmen beantragte der Bezirk eine Unterstützung vom Land für den Bau eines Bezirkszentralgebäudes, wodurch zu vermeiden gewesen wäre, dass Gerichtshof mangels

eines entsprechenden Gebäudes vom Bezirk weggenommen werden wäre. Der Bezirk beantragte, dass die auf seinem Gebiet vorgesehenen drei Kreisgerichte aus den Bezirksstädten zusammengestellt werden. Gesetz 31:1871 teilte aber das Kreisgericht von Hajduszoboszló zum Gerichtshof von Debrecen ein. Der Bezirk nahm diese Massnahme mit Trauer zur Kenntnis, da die "um die Erhaltung des Bezirkes besorgten Geister eine grosse Besorgnis empfanden".²⁶

Gesetz 42:1870 brachte eine bedeutende Aenderung in der Organisation des Hajduckenbezirkes. Das Gesetz erklärte - abgesehen von den 11 Sachsenstühlen und deren Gebiet, dem Königsfeld und dem auf Ungarn fallenden Teil der Militärgrenze - die verbleibenden 57 Komitate die drei ungarischen und Szekler-Gebiete und die vier Bezirke zu territorialen Munizipien mit vollkommen gleichem Befugnis und Organisation. Es bestimmte den allgemeinen Wirkungskreis und die Rechte der Munizipien, verfügte über die Wahl und die Verantwortung der Mitglieder des Munizipalausschusses und der Funktionäre. Es führte das Institut des Virilismus ein, wodurch die auffallend ständige persönliche Zusammensetzung der Vertretungskörperschaft des Bezirkes etwas modifiziert wurde.

Die Vollversammlung des Bezirkes opponierte bei der Begutachtung des Gesetzentwurfes gegen zwei Punkte. Einerseits beantragte sie die Fortlassung des Systems des Virilismus, "das nur durch die Annahme zu unterstützen ist, dass die Landsleute mit grösserem Vermögen, zugleich zu der Intelligenz gehören"²⁷, andererseits wollte sie den Rechtskreis des Obergespanns enger ziehen. Das Kandidierungs- und Ernennungsrecht des Obergespanns bedroht - gemäss der Adresse der Versammlung - das öffentliche Leben des Munizipiums.

Das Gesetz 18:1871 begründete - im Einlang mit dem Gesagten - das neue Munizipalsystem der ungarischen Verwaltung. Die gesetzliche Sicherung der Rechte der Gemeinden - in diesem Rahmen

der Hajduckenstädte mit geordnetem Magistrat -, die Regelung der Beziehungen mit dem Komitat, schuf eine ganz neue Lage hinsichtlich des Bezirkes. Die Städte verfertigten der Reihe nach ihre Organisationsstatute und wenn auch die Interessen des Bezirkes erforderten, dass die Hajduckenstädte "der uralten Praxis entsprechend... auch in der Zukunft nach gleichen Regeln verwaltet werden", machten der verschiedene Entwicklungsgrad der Städte, ihre verschiedenen wirtschaftlichen und kulturellen Interessen dies schon illusorisch.

Die Verwaltungsreform war unvorstellbar ohne die Gebietsregelung der Munizipien²⁸. Umsonst verfügte das Gesetz 42:1870 über die Einführung der Komitatshaussteuer, es wurde bald offensichtlich, dass die riesigen Unterschiede des Gebiets, der Bevölkerung und der Steuerfähigkeit der Komitate eine Ungerechtigkeit zur Folge hätte.

Das Komitat Bács-Bodrog mit einer Ausdehnung von 178 Quadratmeilen und 576 000 Einwohnern verwendete zur Deckung der Verwaltungskosten 5,5 % der dort bezahlten direkten Steuern. Im Falle des 6 Quadratmeilen grossen Aranyosszék mit einer Bevölkerung von 19 000 Personen war dieses Verhältnis schon 34 %, aber auch der Hajduckenbezirk mit einer Ausdehnung von 16 Quadratmeilen und einer Bevölkerung von 62 000 Personen gehörte zu den "teueren" Munizipien /11,5 %/.

Ein weiterer Mangel der Gebietseinteilung der Komitate war, dass ein Teil ihres Gebietes eine Enklave auf dem Gebiet eines anderen Munizipiums bildete, oder fern vom Komitatssitz durch das Gebiet eines fremden Komitats getrennt lag. So bestand z.B. das Komitat Felső-Fehér aus 18 Teilen, aber auch der Teil im Norden der Gebiete östlich der Theiss der auch den Hajduckenbezirk umfasste, war nicht geregelt. Vier Städte des Bezirkes /Nánás, Dorog, Hadház und Böszörmény/ waren durch den riesigen Grundbesitz der Stadt Debrecen von Szoboszló getrennt, und Vámospércs lag von beiden Gebieten fern. Die Gemeinden Nádudvar,

Földes, Tetétlen des Komitats Szabolcs lagen eingekeilt in das Gebiet des Komitats Bihar.

Ein weiteres zu lösendes Problem der Administration des Landes war, dass die Einteilung der Munizipien mit der Gebiets-einteilung der Gerichte, der Finanzverwaltung, ferner der öffentlichen Arbeiten und der Heeresergänzung nicht übereinstimmte. So musste z.B. von den Bezirksstädten Hajduszoboszló zur Munizipalversammlung nach Hajduböszörmény fahren, der Sitz der Steuerbehörde war Püspökladány, das Amt der Finanzdirektion aber in Debrecen. Der Bezirk beantragte vergebens die Aufstellung der ständigen Aushebungskommission in Hajduböszörmény, der Antrag wurde - aus verständlichen finanziellen Gründen - vom Honvédministerium abgelehnt. So wurde ein Teil des ausgehobenen Militärs zum 41. Infanteriebataillon in Nyiregyháza, der andere Teil zum 42. Bataillon in Nagykálló eingeteilt.

Ein weiteres unangenehmes Erbe der Komitatseinteilung aus dem feudalen Zeitalter war die Frage der Komitatssitze. Mit der Aenderung der Wirtschafts-, Handels- und Verkehrsverhältnisse haben mehrere alte Komitatssitze ihre frühere Bedeutung verloren /z.B.Lőcse/, andere Städte dagegen haben sich in dieser Hinsicht emporgehoben /Szolnok, Debrecen/. Auch die historisch entstandene zentrale Lage von Hajduböszörmény hat sich wesentlich verändert. Drei Städte des Bezirkes /Hadház, Vámospércs und Szoboszló/ hatten in den 1870-er Jahren mit Debrecen eine Eisenbahnverbindung, aber zum Sitz des Bezirkes konnten sie nur mit Wagen fahren. Diese Städte blieben immer häufiger fern von der Bezirksversammlung und verspürten immer mehr die Anziehungskraft von Debrecen. Das natürliche Zentrum des Gebiets war Debrecen, das neben seiner wirtschaftlichen und kulturellen Rolle - durch die vermehrten Aemter - auch auf dem Gebiet der Verwaltung einen immer grösseren Einfluss ausübte.

Zwecks der Regelung des Gebietes der Munizipien bereitete Gyula Szapáry einen der kühnsten Verwaltungsreformentwürfe

vor. Dieser mit ausserordentlicher Sorgfalt vorbereitete, gut dokumentierte Entwurf ist bis zur Befreiung der einzige, welcher das Gebiet des Landes nach durchdachten Grundsätzen, doch bis in die kleinsten Einzelheiten entsprechend den Zielen der Zivilverwaltung rationell einteilen wollte²⁹. Die modernen Kritiker des Entwurfs halten aber für einen Fehler der hervorragenden Arbeit die vorgesehene Regelung des Hajduckenbezirkes. Der Entwurf beabsichtigte den Bezirk an das Komitat Szabolcs anzuschliessen. Das dem Gebiet nach getrennte Hajduszoboszló wäre ein Teil des neuen Komitats Kun, das aus drei geographisch gesonderten Teilen errichtet worden wäre, gewesen. Im Falle der Verwirklichung des Entwurfs hätten die Städte des Bezirkes die vom Komitat Szabolcs zu den Komitaten Ung und Szatmár abzutretenden Gebiete ausgeglichen. Die Hajduckenstädte wären nicht in eine günstigere Lage gekommen, da auch Nyiregyháza kein natürliches Zentrum des Gebietes war, seine Verkehrs- und Handelsbeziehungen waren mit den Hajduckenstädten unentwickelt. Übrigens wollten auch die Städte des Bezirkes "als Hohn ihrer geschichtlichen Vergangenheit nach dem nicht einmal eine ungarische Bevölkerung besitzenden Nyiregyháza fahren"³⁰. Hajduszoboszló nahm - obwohl sein Standpunkt im Zusammenhang mit der Gebietsregelung infolge seiner Lage von dem der anderen Hajduckenstädte abweichend war - gegen die Aufteilung des Hajduckenbezirkes Stellung. Die aus dem Bezirk in die Hauptstadt entsandte Protestdeputation suchte den König und den Innenminister auf und erhielt die Unterstützung von 135 Abgeordneten für die frühere Einheit des Bezirkes. Auch der König erklärte: "die Beseitigung der Munizipalstellung des Hajduckenbezirkes wäre ein Verlust und Schaden für das Land"³¹.

Auch die übrigen berührten Munizipien nahmen mit ähnlicher "Aufregung" den Entwurf Szapáry's auf. Infolge des Widerstandes der in den Komitatsämtern um ihre Existenz bangenden Beamten, der über einen grossen politischen Einfluss verfügenden örtlichen Leiter wurde der Entwurf dem Parlament nicht vorgelegt. Der Parlamentausschuss "zur Regelung des Staatshaushal-

tes" arbeitete von neuem die bei der Gebietsregelung in Betracht zu ziehenden Grundsätze aus³². Demnach sollten vor der Gebietsreform sämtliche berührten Munizipien angehört und ihre Meinung in Betracht gezogen werden. Es wurde ein Grundsatz der Regelung, dass "das durch lange Zeit verschmolzene Interesse einzelner Gebiete oder Regionen berücksichtigt werde" und "das nationale Interesse des Landes durch die Regelung nirgends bedroht werde". Ein rationeller Bedarf kam in jener Vorstellung zum Ausdruck, dass "solche Verwaltungsgebiete gebildet werden, die imstande sind, ihre eigenen Kosten zu decken", und der Sitz des Munizipiums im Zentrum liegen soll.

Die so ausgebildeten grundsätzlichen Überlegungen kamen in der später verwirklichten Gebietsregelung erkennbar zur Geltung. Die verwirklichte Regelung verschmolz die Erhaltung der Gebietsintegrität des Hajduckenbezirkes glücklich mit den Erfordernissen der zweckmässigen Verwaltung.

Die Leiter des Bezirkes wussten, dass ihr Munizipium in seiner ursprünglichen Gestalt nicht aufrechtzuerhalten ist. Gemäss ihrem Vorschlag an das Innenministerium kann im Falle des Anschlusses der im Süden des Komitats Szabolcs liegenden 13 Gemeinden an den Bezirk "die Verwaltung mit dem Sitz in Bőszörmény sich in einem regelmässigen Kreis bewegen"³³.

Man beabsichtigte die gebietliche Trennung der Hajduckenstädte durch den Anschluss der in den Interessenkreis von Debrecen gehörenden Pusztas zu beseitigen. Debrecen sah aber ganz genau, dass es bei der Gebietsregelung zu einer "sehr isolierten Stellung"³⁴ oder - in glücklichem Fall - zu besonderen Vorteilen gelangen kann, und begann eine auch auf Landesebene alleinstehende Agitation für das Recht des Sitzes des aus den umgebenden und infolge ihrer Interessen auf die Stadt angewiesenen Gemeinden bestehenden Komitats³⁵. In diesem Rahmen organisierte es unter der Teilnahme von 32 Gemeinden - hauptsäch-

lich des Komitats Bihar - und von Hajduszoboszló eine Demonstration, wo die Anwesenden die Idee des Komitats Hajdu mit Zentrum in Debrecen" unterstützten. Dieser Projekt berührte aber auch das grosse Komitat Bihar, da "von seinem Gebiet zahlreiche volkreichen und beinahe alle rein ungarischsprechenden Gemeinden" fortkämen und dadurch im Komitat "die rumänische Bevölkerung eine grosse Mehrheit erhielt"³⁶. Der Innenminister Szapáry versprach aber, dass die Interessen von Bihar in Betracht genommen werden³⁷. Der vierte Interessent, das Komitat Szabolcs, meinte, dass "die Ausdehnung seiner südlichen Grenzen unbedingt notwendig ist" und begründete den Anschluss der Hajduckenstädte damit, dass jene .. in der Vergangenheit aus dem Gebiet des Komitats Szabolcs herausgeschnitten worden sind"³⁸.

Nach Eintreffen der Vorschläge wurde der zweite Entwurf Szapáry's bezüglich der Gebietsregelung vorbereitet, der in seiner vorsichtigeren Lösung kleineren Stils war, als der erste, doch die Regelung des Hajduckenbezirkes glücklicher löste. Der Entwurf beabsichtigte das Komitat Hajdu aus den Städten des Hajduckenbezirks, aus 7 Gemeinden des Komitats Szabolcs und 2 Gemeinden des Komitats Bihar zu errichten. Als Sitz wurde Debrecen bestimmt, das "der Marktplatz, das wirtschaftliche und kulturelle Zentrum"³⁹ des ganzen Gebiets ist und zugleich ein Gerichts-, Finanz-, Verkehrs-, Bildungs- und militärisches Zentrum bildet. Dieser Entwurf wurde bei der nach zwei Jahren verwirklichten Gebietsregelung - mit einer minimalen Aenderung zur Wirklichkeit.

Als Ergebnis der 1875 geänderten parteipolitischen Situation stützte sich die fusionierte liberale Partei auf eine sichere Mehrheit und konnte ihre Verwaltungsreformvorstellungen zur Geltung bringen. Das Parlament von 1875/78 verfloß im Zeichen der Verwaltungsreform; 16 Entwürfe wurden behandelt, davon entstanden 9 organische Gesetze und 7 Novellen, 11 vom Gebiete

der inneren Angelegenheiten, 1 von dem des Finanzwesens, 1 von dem des Unterrichtswesens und 3 von dem des Verkehrswesens. Kálmán Tisza unterbreitete vor allem seinen Entwurf bezüglich der Gebietsregelung, der eingeständenerweise nur dort bessern vollte, wo es "unbedingt notwendig"⁴⁰ war.

Gegen den Entwurf wurden- obzwar er in seinen Lösungen nicht vorsichtiger war, als der zweite Entwurf Szapáry's - bei der Verhandlung im Abgeordnetenhaus zahlreiche Einwände vorgebracht. Ein Teil der Abgeordneten /Mocsáry, Helfy/ meinte, dass die Gesetzgebung gar nicht das Recht habe das Gebiet der Munizipien zu regeln,⁴¹ während andere die Notwendigkeit der Gebietsregelung bezweifelten⁴². Der Entwurf betrachtete- als erster in unserer Geschichte - auch die Bestimmung des Sitzes des aus mehreren Teilen neu errichteten Komitats als Gegenstand der Gesetzgebung.

In der Diskussion bei der geplanten Errichtung des Komitats Hajdu bezeichnete der Abgeordnete des Hajduckenbezirks die Auflösung des Bezirkes als "ein widerrechtliches Vorgehen". Er meinte, dass "das Recht, das der Staat für ewige Zeiten einem Munizipium zugestanden hatte" nie wieder entzogen werden kann⁴³. Nach der Ansicht von Adolf Zay darf "die Gebietsintegrität eines historischen Munizipiums ohne dessen Zustimmung nicht verletzt werden"⁴⁴. Auch Mocsáry lehnte mit einer ähnlich konservativen Anschauung die Gebietsreform ab. Márton Hegyessy hielt das Gebiet des geplanten Komitats für zu klein, während sich die Abgeordneten von Szabolcs darüber beschwerten, dass der Entwurf "auf den Ruinen des Komitats Szabolcs ein lebensunfähiges Komitat gründet", wobei ihr Munizipium durch den Verlust der abgetretenen Gemeinden in seinen Grundfesten erschüttert wird⁴⁵.

Das am 20. Juli 1876 verkündete Gesetz 33:1876 § 1 Punkt 20 errichtete aus den Städten des ehemaligen Hajduckenbezirks,

aus 9 Gemeinden von Szabolcs und 3 Gemeinden von Bihar mit dem Sitz in Debrecen unter dem Namen von Komitat Hajdu ein neues Munizipium.

An die Spitze des Komitats wurde ein alter Freund Kálmán Tisza's, der Grundbesitzer Lajos Miskolczy gestellt. Unter seiner Leitung begann die Arbeit der Organisation des Komitats und wurde die Liquidierung der munizipalen "Gewohnheiten" des Hajduckenbezirks beendet⁴⁶. Die ehemaligen Bezirksbeamten erhielten in der Leitung des Komitats eine hervorgehobene Stellung, aber bald begann das Einströmen der Beamten von Debrecen, die eine höhere Fachbildung hatten.

Die Grenzen des neuen Komitats umfassten zwar ein Gebiet von 3353 km², aber das Gebiet der Stadt Debrecen war davon 1012 km², d.h. das Gebiet des Munizipiums betrug insgesamt nur 2341 km². István Ereky berechnete das Gebiet eines Komitats durchschnittlich in diesem Zeitalter mit 4377 km²⁴⁷. Gemäss der Verwaltungseinteilung behielten die 6 alten privilegierten Hajduckenstädte ihren Status als Städte mit geordnetem Magistrat, bei der Ausgestaltung der beiden Kreise war man erkennbar bestrebt das frühere Gewicht der angeschlossenen Gebiete zu erhalten. So blieb Nádudvar der Sitz des einen Kreises, trotzdem, dass dies die Strassenverhältnisse nicht motivierten.

Im Laufe der Organisation wurden die Polizeikreise aufgestellt und die neue Einteilung der Parlamentswahlbezirke und deren Zahl bestimmt.

Die Zusammensetzung der im September 1877 gewählten, sowie der die höchste Steuer zahlenden Mitglieder /der sog. Virilisten/ des Munizipalausschusses gemäss ihrer Beschäftigung⁴⁸ wies bereits auf die Aenderungen in der Gesellschaft des Landes hin. Es kamen immer mehr Pächter und Kaufleute in die Körperschaft und auch die Intelligenz spielte eine grössere Rolle als früher.

Im Jahre 1876 entstand also das Komitat anstatt des Haj-
duckenbezirkes, das besser der gesellschaftlichen Entwicklung
diente und auch für die Durchführung der Verwaltungsaufgaben
geeigneter war.

F U S S N O T E N

1. Bezüglich des Inhalts der Selbstverwaltung s. Csizmadia, A.: Az egyházi mezővárosok jogi helyzete és küzdelmük a felszabadulásért a XVIII. században /Die rechtliche Stellung der kirchlichen Marktgemeinden und ihr Kampf um die Befreiung im 18. Jahrhundert/, Budapest, 1969., S.7, und Balogh, I.: Hajduság /Das Hajduckengebiet/, Budapest, 1969., S.37, Rácz, I.: Hajdúk a XVII. században /Hajducken im 17. Jahrhundert/ Debrecen, 1969., S. 181-214.; Poór, J.: A hajdúvárosok gazdasági és társadalmi helyzete 1607-1720. /Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung der Hajduckenstädte 1607-1720./, Debrecen, 1967., S.9-11.
2. Eine Zusammenfassung über die Ausgestaltung und der späteren Entwicklung des Hajduckenbezirkes ist bisher noch nicht erschienen. Neben der später zitierten Monographie der Hajduckenstädte s. bezüglich dieser Frage: Hajdúk a magyar történelemben /Hajducken in der ungarischen Geschichte/ Mitteilungen der Museen des Komitats Hajdu-Bihar, Debrecen 1969. Innerhalb dessen insbesondere: Rácz, I.: Hajdutelepítések és kiváltságolások /Ansiedlungen und Privilegien der Hajducken/ und Komoróczy, G.: A hajdu kerület szervezetének néhány problémája a XVII - XVIII. században/Einige Probleme der Organisation des Hajduckenbezirks im 17-18. Jahrhundert/.
3. Über die wichtigsten Züge der Verwaltungsorganisation des Hajduckenbezirks s.: A helytörténetírás levéltári forrásai /Archivquellen der örtlichen Geschichtsschreibung/I. Debrecen 1972. Red.Gy.Komoróczy, S.101-117., Hajdudorog története/Geschichte von Hajdudorog/, Debrecen, 1970., Red.Gy.Komoróczy, S. 262., Hajduhadház múltja és jelene /Vergangenheit und Gegenwart von Hajduhadház/ Gyula 1972., Red.Gy.Ko-

- moróczy, S. 346., Hajdunánás története /Geschichte von Hajdunánás/ Hajdunánás 1973., Red.I.Rácz,S.264., Hajduböszörmény története /Geschichte von Hajduböszörmény/., Debrecen 1973., Red. I. Szendrei, S. 94-95.
4. Mitteilung von Rácz, I. op.cit. S. 263
 5. Hajdu, L.: II. József igazgatási reformjai Magyarországon /Die Verwaltungsreformen Josephs II in Ungarn/ II. Band S. 491., Budapest 1976.
 6. So z.B. in jedem Prozess der Stadtbewohner gegen eine andere Stadt, in den Prozessen der Bezirkseinwohner wegen Nachweis ihrer angestammten Hajduckeneigenschaft, in den Prozessen gegen die Stadtvorsteher. Kolozsvári,S.-Óvári,K.: A magyar törvényhatóságok jogszabályainak gyűjteménye /Sammlung der Rechtsnormen der ungarischen Munizipien/ III. Band, Budapest 1892., S. 501.
 7. Csizmadia,A.: A magyar közigazgatás fejlődése a XVIII. századtól a tanácsrendszer létrejöttéig /Die Entwicklung der ungarischen Verwaltung vom 18. Jahrhundert bis zur Errichtung des Rätessystem/, Budapest 1976., S. 35.
 8. Hajdu, L.: op. cit. III. Band.
 9. Geschichte von Hajdudorog, op. cit., S. 264.
 - 10.Quellensammlung des Komitats Hajdu und der kgl.Freistadt Debrecen, Debrecen 1937., S. 47.
 - 11.Vergangenheit und Gegenwart von Hajduhadház, S.375.
 12. Hajdu megye leírása /Beschreibung des Komitats Hajdu/ Red. Varga, G., Debrecen 1882., Sillye,G.: A Hajdu Kerület tör-

ténete /Geschichte des Hajduckenbezirks/ S. 47.

13. Vergangenheit und Gegenwart von Hajduhadház, S. 377.
14. Archiv des Komitats Hajdu-Bihar IV. B. 752. Protokoll des Ausschusses des Hajduckenbezirks. S. 1.
15. Beschlüsse der Judexkurialkonferenz I. Teil, Bemerkung zu § 26.
16. Parlamentsprotokoll von 1861., XXXI. Sitzung, S. 33.
17. Ebenda, LIX. Sitzung, S. 65.
18. Jogszabályrendelet a hajduvárosok mint helyhatóságok részére közigazgatási és törvénykezési tekintetben /Statut für die Hajduckenstädte als Ortsbehörden hinsichtlich der Verwaltung und Gerichtsbarkeit/ /Gábor Sillye/ Debrecen, 1863.
19. Archiv des Komitats Hajdu-Bihar IV.B. 753/a 1. S. 6.
20. Sarlós, B.: Közigazgatás és hatalompolitika a dualizmus rendszereiben /Verwaltung und Machtpolitik im System des Dualismus/ Budapest, 1976. S. 20.
21. Die bekannte Feststellung Pál Sennyey's zitiert von Grünwald, B.: Közigazgatásunk és a magyar szabadság /Unsere Verwaltung und die Freiheit Ungarns/ S.1.
22. Archiv des Komitats Hajdu-Bihar IV/B 753/a 1. S. 675.
23. Ebenda, S. 28.
24. Ebenda, S. 86.

25. Ebenda, S. 213.
26. Beschreibung des Komitats Hajdu, S. 42.
27. Archiv des Komitats Hajdu-Bihar IV/B 753/a 1. S. 675.
28. Bezüglich der Gebietsverhältnisse der Munizipien s. Ereki, I.: A magyar helytartósági önkormányzat. Vármegyék és községek. /Die ungarische Munizipalselfverwaltung. Komitate und Gemeinden/ I. Band. Komitate. Budapest, 1908.
29. Csizmadia, A.: op. cit. S. 148.
30. Hajducken in der ungarischen Geschichte III., Nyakas, M.: Hajdukerület vagy Hajdu megye?/Hajdubezirk oder Komitat Hajdu?/ S. 42.
31. Varga, G.: op.cit. S. 112.
32. Landesarchiv Akten des Innenministeriums. II. Quelle 1. Abteilung 878 /im weiteren OL/ 29736/76.
33. Nyakas, M.: op.cit. S. 43.
34. Debreceni Ellenőr, 7. November 1874.
35. Debrecen, Nummer vom 10. Februar 1874.
36. OL. 39422/74.
37. Debreceni Ellenőr, Nummer vom 29. September 1874.
38. OL. 38817/74. Die Vorlage wurde vom Ministerialrat Sándor Nehrebeczky mit der Bemerkung "Ist nicht in Betracht zu ziehen" versehen.

39. OL. 511/74.
40. Parlamentsprotokoll 1875-78 /im weiteren KN/VI. Band S. 401-403.
41. KN VII. Band S. 19.
42. KN VIII. Band S. 10., Rede von Béni Kállai.
43. KN VIII. Band S. 221.
44. KN VIII. Band S. 35.
45. KN VIII. Band S. 223-224., Reden von József Pilissy und Ferenc Vidovits.
46. Archiv des Komitats Hajdu-Bihar, Akten des Obergespanns IV/B. 901/c 1.
47. Erekly, I.: op.cit. S. 113.
48. Tanulmányok a magyar helyi önkormányzat multjából /Studien aus der Vergangenheit der ungarischen örtlichen Selbstverwaltung/ Red. von Bónis, Gy. und Degré, A., Budapest, 1971. Ujlaky, Z.: A Hajdu kerület és Hajdu vármegye képviselői rendszere /System der Vertretung des Hajduckenbezirks und des Komitats Hajdu 1972-1918./S. 319.